

Wirtschaft

Der gute Spekulant

Der Zürcher Financier Daniel Aegerter gehört zu einer neuen Generation von reichen, engagierten Wohltätern vom Schlage Bill Gates und Warren Buffett. Mit den Prinzipien der Risikokapitalbranche wollen sie die Spendenindustrie umkrempeln.

Von David Vonplon

Die Hälfte seines Vermögens – laut «Bilanz» zwischen 400 und 500 Millionen Franken – will Daniel Aegerter nicht spenden. Aber die Gebermentalität von Microsoft-Gründer Bill Gates und Financier Warren Buffett hat der Zürcher Unternehmer verinnerlicht. In Argentinien finanziert er ein Entwicklungshilfeprojekt, das Wasserpumpen produziert, um Zugang zu Trinkwasser und Stellen für Jugendliche zu schaffen. Er geht dabei genau gleich vor, wie wenn er Risikokapital für ein technologiebasiertes Start-up-Unternehmen einschiesst. Ob im knallharten Beteiligungsgeschäft oder in der Entwicklungshilfe, die Zielvorgabe ist dieselbe: «Der Return on Investment muss stimmen.» Bei gemeinnützigen Projekten heisst das: Die soziale Wirkungskraft muss möglichst gross sein.

Milliardär im Alter von 30

Aegerter steht prototypisch für die neue Generation der sogenannten Venture Philanthropen: Es sind meist Leute, die in der Internet- und Computerbranche oder in der Finanzindustrie so unverschämt viel Geld verdient haben, dass sich für sie schon früh die Sinnfrage stellte. Ausgestattet mit dem nötigen Kleingeld und viel persönlichem Effort machen sie sich an die Lösung sozialer Probleme. Wie Gates und Buffett stand auch der Schweizer Self-made-Mann schon weit oben auf der Liste der Superreichen: Als 30-Jähriger verdiente Aegerter beim Verkauf seiner Firma Tradex Technologies eine Milliarde Franken. Das katapultierte ihn unter die Top 40 der weltweit Reichsten unter 40 Jahren. Seither verwaltet er das Vermögen seiner Familie und investiert es unter anderem im Private-Equity- und Venture-Capital-Markt.

Mit dem klassischen Spender, der sein Geld mit dem Scheckbuch verteilt, kann Aegerter nichts anfangen: Wenn die Zürcher Wirtschaftselite am Zoo-Fäsch das neue Flamingohege mit einer Million

unterstützt, diene das vor allem der Beruhigung des schlechten Gewissens. «Verantwortung zu übernehmen, heisst für mich nicht nur Geld zu geben, sondern auch dafür zu sorgen, dass das Geld richtig eingesetzt wird», sagt er. Wie bei profitorientierten Investitionen, bedinge dies aber, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen. Nicht immer haben Finanzinvestoren dazu die Zeit: Sie setzen darum Philanthropie-Berater ein, die den sozialen Organisationen Effizienz- und Kostenbewusstsein einimpfen.

«Wer zahlt, befiehlt»

Die Consulting-Firma Social Investors aus dem Zürcher Kreis 5 berät Superreiche wie Daniel Aegerter bei ihren philanthropischen Anliegen. «Wer im sozialen Bereich etwas bewegen will, muss mindestens so viel Effort zeigen wie bei unternehmerischen Vorhaben», sagt Patrick Frick, einer der Gründer des Unternehmens. Schnellschüsse und Alleingänge von unerfahrenen Philanthropen gehen laut Frick meistens schief: «Es braucht viel Expertise und Netzwerkkennntnisse, um etwas bewegen zu können.»

Hier setzten die Social Investors an: Für ihre Kunden suchen Patrick Frick und sein Partner Werner Blatter rund um den Globus nach geeigneten Hilfsprojekten. Sie coachen die Organisationen, welche die Projekte umsetzen, vor Ort und pochen auf die Einhaltung der Ziel- und Budgetvorgaben.

Die Nonprofitorganisationen erhalten so Zugang zu neuen Geldquellen, aber das hat auch seinen Preis: An die Honigtöpfe der reichen Philanthropen gelangt nur, wer effizient wirtschaftet. Auch im Sozialsektor gilt die Maxime «Wer zahlt, befiehlt». So wird die Überweisung einer Spende etwa von einer Straffung der Organisationsstruktur abhängig gemacht. «Heute nehmen die Geldgeber viel mehr Einfluss als früher», sagt Georg von Schnurbein, Professor für Stiftungsmanagement an der Universität Basel und



Daniel Aegerter, Prototyp des «Venture Philanthropen». Foto: Yvon Baumann

Verfasser des Berichts «Philanthropie in der Schweiz». Einerseits führe dies zu einer Professionalisierung des Nonprofitsektors. Plötzlich müssen auch Hilfswerke Wachstumsziele definieren und Kostensenkungsprogramme durchziehen. Andererseits vernachlässigt die Fokussierung auf ökonomische Prinzipien aber andere wichtige Aspekte: «Eine Nonprofitorganisation funktioniert nicht wie ein Unternehmen und muss die eigene Mission erfüllen», sagt von Schnurbein. Auch liessen sich nicht alle unternehmerischen Grundsätze eins zu eins anwenden: «Bei sozialen Vorhaben ist es nicht damit getan, einen Businessplan aufzusetzen und zu sagen, in fünf Jahren gehen wir an die Börse und dann ist das Projekt abgeschlossen.» Die Investoren müssten sehr viel mehr Geduld aufbringen, um die Ergebnisse eines Engagements zu sehen, so der Philanthropie-Experte. Diese Geduld fehle vielen Investoren jedoch.

«Die meisten scheitern»

Von Schnurbein räumt auch mit dem Wunschdenken auf, wohlhabende Philanthropen könnten im gemeinnützigen Bereich für die überschuldeten Staaten in die Bresche springen: «Der Staat setzt viel mehr Geld für soziale Leistungen ein, als dies Private je aufbringen können.» Private Wohltäter könnten höchstens punktuell Akzente setzen.

Auch im angelsächsischen Raum zweifeln Experten, ob mit dem unternehmerischen Handwerk der Finanzinvestoren die sozialen Probleme gelöst werden können. Er könne nur wenige Experimente von Venture Philanthropen, die erfolgreich seien, sagte NGO-Experte Michael Edwards gegenüber dem WirtschaftsMagazin «enorm». Die Quote derer, die scheitern, sei hoch. Er hält von der wachsenden Bündelung von Reichtum und Macht bei wohlhabenden Finanzinvestoren nicht viel: «Die Welt braucht mehr zivilgesellschaftlichen Einfluss auf die Wirtschaft – und nicht umgekehrt.»

Beschwerde wegen Kinderarbeit gegen Winterthurer Baumwollhändler

Baumwollhändler werden bei der OECD angeklagt, weil sie aus der Kinderarbeit in Usbekistan Profit schlagen würden. Einer der Händler ist die Paul Reinhart AG.

Von Monica Fahmy

Kinderarbeit gehört in Usbekistan zum traurigen Alltag. Seit Jahren werden dort Kinder zur Baumwollernte gezwungen. Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und Partnerorganisationen haben deswegen in der Schweiz, Deutschland, Grossbritannien und Frankreich gleichzeitig eine OECD-Beschwerde gegen sieben europäische Baumwollhändler eingereicht, die ihrer Ansicht nach aus der Kinderarbeit Profit schlagen.

Die «Beschwerde betreffend Verletzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen», die Tagesanzeiger.ch/Newsnetz vorliegt, wurde am Montag beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eingereicht. Als «Beschwerdegegner» in der Schweiz aufgelistet sind die Ecom Agroindustrial Corporation in Pully und die Paul Reinhart AG in Winterthur.

Die Paul Reinhart AG ist eine global tätige Baumwollhandelsorganisation, die sich in den letzten Jahren zum weltweit grössten Baumwollhändler ausserhalb der USA entwickelt hat. Das 1788 gegründete Familienunternehmen wird heute in der siebten Generation geführt. Die Firma habe einen jährlichen Umsatz von 50 000 bis 200 000 Tonnen Baumwolle, steht in der Beschwerde.

Die Paul Reinhart AG kaufe Baumwolle aus Usbekistan, wie Vertreter der Firma gegenüber einer Vertreterin der Organisation Anti-Slavery International bestätigt hätten. Zudem verfüge der Baumwollhändler aus Winterthur über «langjährige und intensive» Beziehungen nach Usbekistan und «speziell zu den usbekischen Baumwolle exportierenden Staatsunter-

nehmen Uzprommashimpeks, Uzmarkazimpeks, Uzinterimpeks» und habe eine Niederlassung in Taschkent eröffnet.

Usbekistan ist der fünftgrösste Baumwollproduzent und zweitgrösster Baumwollexporteur der Welt. Mit Baumwolle verdient das Land zwischen einer halben und einer Milliarde US-Dollar jährlich. Davon sehe die Bevölkerung allerdings wenig. «Über drei staatliche Handelsunternehmen kontrolliert die usbekische Regierung alle Einnahmen und geht mit diesen in intransparenter und korrupter Weise um», so das ECCHR.

Das Regime setze zur Baumwollproduktion «systematisch und flächendeckend» Kinder- und Zwangsarbeit ein, obwohl ein grosser Teil der Bevölkerung arbeitslos sei. «Unter schlimmsten hygienischen Bedingungen verrichten sie oft sieben Tage pro Woche harte Arbeit». Bis zu 2,7 Millionen Kinder seien betroffen. Trotz anhaltendem internationalen Druck hat sich die Lage nicht wesentlich verbessert.

Boycott wäre wirkungslos

Baumwollhändler, die nach wie vor usbekische Baumwolle einkaufen, würden verschiedene OECD-Richtlinien verletzen, unter anderem die Einhaltung der Menschenrechte und die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit. «Es handelt sich nicht um ein paar schwarze Schafe», sagt Miriam Saage-Maass, Programmleiterin des ECCHR, «es ist ein Problem, das ganz Europa betrifft: Viele europäische Firmen unterstützen Kinderarbeit in Usbekistan und profitieren davon.»

Den Baumwollhändlern könne zugemutet werden, ihre Zulieferer dazu zu bringen, im Einklang mit den OECD-Leitsätzen zu handeln, so das ECCHR. Damit ist die Reinhart AG in Winterthur grundsätzlich einverstanden. Das Unternehmen fühlt sich, wie es auf seiner Website betont, dem Fair-Trade-Gedanken «stark» verbunden. Wie aber lässt sich dieser Gedanke mit dem Engagement in Usbekistan vereinbaren? Auf

Anfrage erklärt die Reinhart AG, es sei in einem so grossen Land wie Usbekistan schwierig, zu überprüfen, inwieweit die gesetzlich garantierten Kinderrechte bereits vollständig umgesetzt seien.

«Im Rahmen unserer Tätigkeit in den Entwicklungsländern versuchen wir, punktuell Verbesserungen zu erreichen, insbesondere durch unser Engagement für Fair Trade und organisch produzierte Baumwolle. Um grössere politische Verbesserungen zu bewirken, reicht unser Einfluss aber nicht aus», schreibt das Unternehmen. Einen Boykott hält die Paul Reinhart AG für wirkungslos, da der überwiegende Teil der Ernte schon heute an asiatische Handelsfirmen verkauft werde und ihr eigener Anteil weit unter 5 Prozent der Ernte betrage.

Etlche grosse internationale Handelsketten sind da anderer Ansicht. So kaufen unter anderem C&A, Tesco, Wal-Mart, Levi Strauss und Gap keine usbekische Baumwolle mehr.

(Tagesanzeiger.ch/Newsnetz)

OECD Leitsätze

Was eine Beschwerde bewirkt

Eine OECD-Beschwerde hat keinen Frei- oder Schlichtungsanspruch, sondern in aller Regel bloss einen Mediationsprozess zur Folge, sagt Oliver Classen, Mediensprecher der Erklärung von Bern.

Gegen Schweizer Unternehmen, die im Ausland Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen begehen, gebe es derzeit noch keine juristische Handhabe. «Diese stossende Rechtslücke gehört schnellstmöglich geschlossen», so Classen.

Durch die OECD-Beschwerde gerät ein Unternehmen immerhin in Erklärungsnotstand, so auch im Fall der Paul Reinhart AG. «Wenn Investoren, Partner und Mitarbeiter darauf aufmerksam werden, wie weit ethischer Anspruch und Geschäftsrealität bei diesem Schweizer Vorzeigunternehmen auseinanderklaffen, bringt das internen Handlungsdruck.» (TA)

Fiat-Chef Marchionne beklagt sich über Italien

Der Autobauer Fiat würde nach den Worten seines Chefs Sergio Marchionne ohne die defizitären Werke in seinem Heimatland Italien besser dastehen. «Fiat könnte mehr erreichen, wenn man Italien aus den Ergebnissen rausrechnen würde», sagte Marchionne in einem TV-Interview am Sonntag. Kein einziger Euro aus dem für 2010 angestrebten Handelsgewinn von zwei Milliarden Euro stamme aus Italien. Alle italienischen Fabriken schrieben rote Zahlen.

Empörte Gewerkschaften

Fiat hatte Investitionen von 20 Milliarden Euro in Italien unter der Bedingung versprochen, dass sich die Mitarbeiter flexibler bei der Produktion zeigten. «Wir können nicht in alle Ewigkeit den Betrieb mit einem Verlust fortsetzen», mahnte Marchionne. Die Arbeitsproduktivität sei zu gering und es herrsche ein Mangel an Wettbewerbsfähigkeit.

Fiat verhandelt derzeit mit den Gewerkschaften über die Schliessung eines Werks in Sizilien im nächsten Jahr. Ausserdem hat der Autobauer angekündigt, die Produktion einer Modellreihe von Polen nach Italien zurückzuverlagern.

Im Gegenzug verlangt die Konzernführung von den Gewerkschaften Zuständnisse, was diese aber ablehnen.

Die Gewerkschaften reagierten am Montag empört auf die Äusserung. Der Chef der grössten Gewerkschaft CGIL, Guglielmo Epifani, wies die Vorwürfe zurück. «Marchionne sieht die Zukunft von Fiat sehr skeptisch», sagte der Gewerkschaftsführer am Montag. «In Wahrheit will Marchionne Italien verlassen.» Empört zeigte sich auch Rocco Palombella von der Metallarbeiter-Gewerkschaft UILM: Marchionne solle «aufhören, die Arbeiter zu demütigen».

Bei der konservativen Regierung kam Marchionnes Standortschelte ebenfalls nicht sehr gut an. Roberto Calderoli, Kabinettsminister ohne Geschäftsbereich von der rechten Lega Nord, erinnerte daran, dass gerade Fiat von der staatlichen Abwrackprämie profitiert habe. «Marchionne hat ein schlechtes Gedächtnis, wenn es um staatliche Hilfen geht.» Arbeitsminister Maurizio Sacconi räumte allerdings ein, zumindest mit seiner Forderung nach einer höheren Produktivität habe Marchionne sicher recht. (SDA/Reuters)

Einigung über Cardinal-Schliessung

Die Modalitäten rund um die Schliessung der Freiburger Traditionsbrauerei Cardinal sind geregelt. Die Getränkegruppe Feldschlösschen und die Sozialpartner haben am Montag eine entsprechende Einigung erzielt. Das Personal stimmte dem Verhandlungsergebnis fast einstimmig zu, wie die Gewerkschaft Unia in einer Mitteilung schreibt. In der letzten Verhandlungsrunde habe man nochmals Verbesserungen erzielen können.

Von der Schliessung der Brauerei sind 75 Angestellte betroffen. Die Feldschlösschen-Gruppe hatte angekündigt, den Betroffenen konkrete Lösungen an-

zubieten, sei es in Form von vorzeitigen Pensionierungen oder Stellenangeboten an anderen Standorten.

Mehr Frühpensionierungen

In den jüngsten Gesprächen einigten sich die Verhandlungspartner nun noch auf einen Ausbau der Wegentschädigung. Dies soll es den Betroffenen leichter machen, Stellen an anderen Standorten anzutreten. Ausserdem werden mehr Mitarbeitende vorzeitig pensioniert. Nach Angaben der Unia können mehr als die Hälfte der Betroffenen in der Umgebung weiterbeschäftigt oder vorzeitig pensioniert werden. (SDA)